



Statement of the Journalists and Writers Foundation:

Silencing Journalists: The Habitus of Turkey

OSCE Supplementary Human Dimension Meeting:

THE ROLE OF THE FREE MEDIA IN THE COMPREHENSIVE APPROACH TO SECURITY

2-3 November 2017 Hofburg

Vienna / Austria

SESSION I: FREE MEDIA AS A BASIS FOR EUROPEAN SECURITY

Die Journalists and Writers Foundation ist überzeugt davon, dass die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Medien die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft, um die Herausforderungen der Sicherheit zu bewältigen, stärkt.

In diesem Sinne erinnern wir daran, dass die Türkei das Land mit den meisten verhafteten Journalisten weltweit ist. 255 JournalistInnen und Medienschaffende befinden sich derzeit im Gefängnis.

Wir fordern die Türkei nachdrücklich auf, alle JournalistInnen und Medienmitarbeiter freizulassen, die zu Unrecht inhaftiert wurden, weil sie ihren beruflichen Tätigkeiten nachgegangen sind.

Wir fordern die Türkei auf, den Ausnahmezustand aufzuheben und ihren Verpflichtungen gemäß internationalen Standards für ein ordnungsgemäßes Verfahren und die Unabhängigkeit der Justiz unverzüglich nachzukommen.

Wir machen darauf aufmerksam und unterstreichen, dass Terrorismusvorwürfe unter dem Ausnahmezustand in der Türkei manipuliert werden, um die Meinungsfreiheit und grundlegende Menschenrechte zu unterdrücken.

Wir fordern die zuständigen OSZE-Gremien, insbesondere den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte auf,



Maßnahmen zu ergreifen und das Bewusstsein für die aktuelle Situation von Journalisten und Journalistinnen in der Türkei zu schärfen.

Wir unterstreichen nochmals: Journalismus ist kein Verbrechen.

Präsident Erdogan und die türkische Regierung missbrauchen den Putschversuch, den Erdogan noch in der Putschnacht als „Segen Gottes“ bezeichnete, um sich zunehmend weiter von den europäischen demokratischen Standards zu entfernen.

Als Journalist nicht in Übereinstimmung mit Präsident Erdogan und der türkischen Regierung zu sein, birgt das hohe Risiko, im Gefängnis zu landen - Der Habitus, Journalisten durch Missbrauch der Justiz zum Schweigen zu bringen und den Geltungsbereich der Definition des Terrorismus zu erweitern, um sie damit zu verklagen, gehören zu den Menschenrechtsverletzungen, die in den Berichten der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, des Europarats (CoE) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zitiert werden.

Wie in dem kürzlich dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) vorgelegten Bericht von dem Menschenrechtskommissar des Europarates unterstrichen wird, „sind bestimmte strafrechtliche Bestimmungen über die Sicherheit des Staates und des Terrorismus anfällig für willkürliche Anwendung aufgrund ihrer vagen Formulierung und der zu weiten Auslegung der Begriffe terroristische Propaganda und Unterstützung einer terroristischen Organisation, einschließlich der Aussagen und Personen, die eindeutig keine Gewalt anstiften“. Alle verhafteten Journalisten wurden wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“, „Verbreitung terroristischer Propaganda“, „Versuch, die gegenwärtige Regierung zu stürzen“ oder „Spionage“ angeklagt.

Die Fälle von Journalisten, für die Haftbefehle ausgestellt wurden oder die gezwungen waren, im Exil zu leben, stellen ein weiteres Problem in Bezug auf die Medienfreiheit dar: Sie sind in ernstesten finanziellen Schwierigkeiten, es wird Druck auf ihre Familienangehörigen und Verwandten in der Türkei ausgeübt, ihre Presse- Akkreditierung wird entzogen. Neben der Stornierung von Pässen und die Verweigerung von konsularischen Dienstleistungen, findet eine



Stigmatisierung durch die regierungstreuen türkischen Medien statt. Journalisten, die in den wenigen verbliebenen unabhängigen und kritischen Medienorganisationen arbeiten, müssen mit Morddrohungen, Gewalt, Hassreden, Diskriminierung, Profilierung durch staatliche Dienste und Zensur rechnen. Die Zahl der von der Regierung beschlagnahmten und stillgelegten Medienorganisationen hat 189 erreicht.

Dies ist nicht nur ein klarer Indikator für die enorme Unterdrückung der Medien im Interesse der Öffentlichkeit, sondern auch für die weit verbreitete Arbeitslosigkeit in der Medienlandschaft: Im anhaltenden Ausnahmezustand haben mehr als 30 Prozent der Journalisten ihre Arbeitsplätze verloren. Viele von ihnen finden auch außerhalb der Mediensektors keine Arbeit, weil sie von der Regierung auf die schwarze Liste gesetzt wurden.

Nur wenige können einen Arbeitsplatz finden, an dem sie weder ihre Ausbildung und berufliche Leistungen noch ihr Potenzial nicht nutzen können.

Hinzukommt, dass die Gerichte die Vermögenswerte der Journalisten, die im Gefängnis oder im Exil sind, beschlagnahmen, wodurch Journalisten und ihre Familien zusätzlich benachteiligt werden.

Der Habitus, die Journalisten zum Schweigen zu bringen, kennt keine Grenzen!

Als Mitglied des Europarates und Teilnehmerstaat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erkennt die Türkei offiziell die Rechtsstaatlichkeit als Eckpfeiler der demokratischen Regierungsführung an. Der 15- Monate alte Ausnahmezustand ist eine klare Verletzung der Verpflichtungen der Türkei für die umfassende Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

In dem Bewusstsein, dass die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Medien die Bewältigung der Sicherheits Herausforderungen erleichtern, stärken, fordern wir die türkische Regierung auf, alle Journalisten freizulassen – **Journalismus ist kein Verbrechen.**